

zum ersten Punkt der Tagesordnung mit der Wahl eines neuen Schriftführers zu beschließen, da der alte, Sippichhausen, Bielefeld den Rücken zu kehren gedenkt. Die Wahl fiel auf den Kollegen Heinemann, welcher das Amt nach besten Kräften zu besorgen verspricht. Als zweiter Punkt der Tagesordnung dient das wichtige Thema „Urabstimmung und Verbandstag.“ Hierbei entpinn sich eine überaus lebhaft, zum Teil erregte Debatte, welche sich bis 12 Uhr Abends hinzog. Kollege Bongart verteidigt die Meinung auf eine Erhöhung der Beiträge und spricht sich des Weiteren für einen Verbandstag aus. Kollege Heinemann konstatiert, daß er mit seiner Befürchtung, der Verband sei nicht reif für die Urabstimmung, recht gehabt habe, indem er ausführlich die Gründe für seine Ansicht darlegt, ferner das Resultat der Urabstimmung bewaunert und bann die Maßregel des Verbandstages, sowie des Ausschusses bezüglich der Ertrahsteuer beprägt, sich mit derselben einverstanden erklärte und zum Schluß für einen Verbandstag eintrat. Kollege Liebegut spricht sich gegen einen Verbandstag aus, erklärt sich im Prinzip mit der Erhöhung der Beiträge einverstanden, bewaunert aber die Maßregel des Verbandstages bezüglich der Ertrahsteuer. Kollege Harjes, der sich ebenfalls im Prinzip mit der Erhöhung der Beiträge einverstanden erklärte, spricht sich energig gegen die Maßregel des Verbandstages aus, es als eine Vergewaltigung der Mitglieder bezeichnend, daß der Vorstand, trotzdem die Urabstimmung gezeigt habe, daß sie gegen Erhöhung der Beiträge sei, entgegen dem Willen der großen Mehrheit der Mitglieder durch eine Ertrahsteuer den Beitrag auf 35 Pf. erhöhe. (Die Gründe, welche Verbandsvorstand und Ausschuß zu ihrer Maßnahme zwangen, sind doch genügend bekannt gegeben. Von einer Vergewaltigung kann keine Rede sein, wo es sich um die Anwendung einer im Statut festgelegten Vollmacht handelt. Die Redaktion.) Kollege Brunnmann spricht sich in denselben Sinne wie Harjes aus, indem er betont, daß wir erst für Vernehmung der Mitglieder sorgen müßten, wenn wir auf wirtschaftlichem Gebiet etwas leisten könnten, das würde aber durch Erhöhung der Beiträge unmöglich gemacht. Kollege Wehrmann spricht sich des Vängeren gegen seine Vorredner aus, es als einen Unfug bezeichnend, von einer Vergewaltigung der Mitglieder seitens des Vorstandes unseres Verbandes zu reden. Der Vorstand habe gemäß des Statuts das Recht, in besonderen Fällen Ertrahsteuer zu erheben. Ein besonderer Fall sei durch die Schaffung des graphischen Kartells, welches Ansprüche durch Mehraufgaben an unsere Verbandstage stelle, eingetreten. Man könne nicht wissen, was die nächste Zukunft bringe, deshalb trete er für Erhöhung der Beiträge ein und acceptire auch die Ansicht des Kollegen Heinemann, bezüglich der Urabstimmung. Kollege Thöne spricht sich gegen einen Verbandstag und gegen die Maßregel des Verbandes bezüglich der Ertrahsteuer aus. Kollege Geisler erklärt sich ebenfalls für Erhöhung der Beiträge, sowie mit der Ertrahsteuer einverstanden. Kollege Loos vertritt die Handlung des Verbandsvorstandes als auf Entschiedenheit, jetzt nach der Ablehnung der Erhöhung der Beiträge eine Ertrahsteuer auszusprechen. Der Vorstand dürfe lieber vor der Urabstimmung seine Meinung kundgeben sollen, dann könnte das Resultat wohl anders ausgefallen sein. Daß der Vorsitzende sich damit entschuldigt, er sei zum Kongress in Berlin gewesen und hätte keine Zeit gehabt, besage nichts, dann hätte er so ein Mandat nicht annehmen sollen. (Bekanntlich wurde die Delegiertenwahl vorgenommen als eine außerordentliche Urabstimmung noch nicht beantragt war. Die Redaktion.)

Nachdem die oben genannten Kollegen in der Diskussion noch mehrmals das Wort nahmen, um gegen die Ansicht des Vängeren zu polemisieren, ferner die Angriffe gegen unsern Verbandsvorstand zurückgewiesen wurden, wurde über vier eingelaufene Resolutionen, welche sich theils für, theils gegen Erhöhung der Beiträge und die Abhaltung eines Verbandstages sowie der Ertrahsteuer ausgesprochen, abgestimmt. Sie wurden sämmtlich abgelehnt und damit trat der Schluß dieser in mancher Beziehung für uns lehrreichen Debatte ein. Nachdem der Punkt Verchiedenes erledigt war, wurde die Versammlung 12 1/2 Uhr geschlossen.

H. Heinemann.
Darmstadt. Am 29. Juni hielten wir eine öffentliche Versammlung ab, zu der an alle am Orte und fernstehenden Kollegen Einladungen ergangen waren und wirklich hat uns Einer von diesen mit seinem Besuche erfreut. Kollege Ostroff aus Frankfurt hat das Referat: „Die Lage der in Buchbindereien und verwandten Gewerben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen“, übernommen und führte daselbe vorzüglich aus. Referent griff weit zurück, an die Gründung der Familie und des Privat-eigentums, und wies nach, wie aus beiden Faktoren das Handwerk sich entwickelte, welches dann im Mittelalter durch die Zünfte zur höchsten Blüthe gelangte. Von da ab wurde der kapitalistische Umschwung bemerkbar und zwar zuerst in England, wo im 17. und 18. Jahrhundert die ersten Arbeitseinstellungen vorkamen. Redner ging sodann zur Einführung der Maschine über und gelangte somit auf das Feld der modernen Arbeiterbewegung. Durch die Maschine und die durch sie hervorgerufene Thätigkeit und Beringerung der Arbeitskräfte wurde die Arbeiterarmee geschaffen, die Arbeiter bekamen die Macht des Kapitals zu fühlen und um sich gegen das Kapital und das Ausbeuterum zu schützen, gründen sie solidarische Arbeitervereine. Nachdem Redner die Kämpfe der Gewerkschaften geschildert, ging er hauptsächlich auf unsere Branche über und kam somit auf den hauptsächlichsten Punkt seines Themas zu sprechen. Seinen anerkennenswerten Vortrag schloß er mit den Worten:

Zur vorwärts geschritten und müßig gestritten, Es kämpft sich nie schlecht für Wahrheit und Recht.

Lebhafter Beifall wurde ihm gespendet. In der nun folgenden Diskussion wurden die Verhältnisse der hiesigen Verhältnisse seitens der Kollegen scharf kritisch unterzogen. Hierzu bot die letzte aufgenommene Statistik reiches Material. Die meisten Redner bewaunerten, daß die noch fernstehenden Kollegen, welchen eigentlich diese Versammlung galt, nicht erschienen sind, und wurden die anwesenden Kollegen ermahnt, das Gedächtnis sorgfältig weiter zu verbreiten und für die Organisation zu wirken. Nachdem der Referent das Schlußwort hatte, brachte der Vorsitzende, Kollege Vogt, ein dreifaches Hoch auf den Verband aus.

Das Interesse der Kollegen hier am Platze, selbst der organisierten, läßt noch viel zu wünschen übrig. Das bemerkt man seit Publikation der Ertrahsteuer, da sogar Kollegen, welche lange Jahre dem Verband angehört, ihm jetzt, wo es gilt etwas zu erreichen und keine Opfer zu scheuen, aus den Rücken treten wollen. Trotzdem bei der Urabstimmung alle Mitglieder für Erhöhung der Beiträge gestimmt haben. Es geben sich dadurch diese Kollegen selbst einen Schlag ins Gesicht, sie bezeugen damit ihre Meinung und warum sie dem Verband angehört. Doch genug, es ist besser wir haben nur Kollegen im Verband, auf die man sich verlassen kann, als solche, die bei einer Entscheidung zurücktreten. H.

Berlin. Die hiesige Mitgliedschaft tagte am 6. Juli bei Volk. Herr Curtius sprach über das deutsche Zunfwesen im Mittelalter. Der Vortrag, eine Frucht eingehenden Quellenstudiums, war wissenschaftlich bedeutend, er bot eine Fülle von Anregung, stellte jeder Behauptung die geschichtlichen Belege zur Seite und zeichnete sich durch eine Sprache aus, deren Fülle von Bildern und Vergleichen den Vortrag schmückte, wie die architektonischen Herrätze den gotischen Dom, dessen Schilderung die Einleitung bildete. Leider aber hatte der Wunsch des Redners, viel zu geben, ihn verleitet, zu ausführlich zu werden; der Vortrag litt an dem schimmlichen Fehler, der selbst einer vorzüglichen Leistung schadet: er war zu lang.

Der Redner schilderte zuerst die Zeitverhältnisse, in denen das Zunfwesen entstand. Die Vorbedingung dieses Entstehens war das Vorhandensein von Städten. Diese waren nicht als kriegerisch-politischen, sondern als wirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus gegründet worden; bei der Wahl des Ortes war die Rücksicht auf eine günstige Lage für Markt und Verkehr maßgebend gewesen. Die ersten Städte waren Kaufleute; bald stellten sich die Handwerker ein, welche für den Markt arbeiteten. Gegen Ende des 11. Jahrhunderts entfiel die Zunft, deren Bildung zwei Elemente zu Grunde liegen, die „freie Einung“ (Zunngung) und der ordnende Einfluß der öffentlichen Gewalt. Die beiden Elemente ergeben sich notwendig aus den städtischen Verhältnissen. Die Handwerker waren den „hohmögenden“ Kaufherren gegenüber die wirtschaftlich Schwachen, welche nur durch Zusammenfluß stark werden konnten; die öffentliche Gewalt aber hatte das größte Interesse daran, die Zünfte zu fördern, welche in dem Rahmen der Stadt zu einer Behörde, einem Amt werden mit Rechten und Pflichten. Die Zünfte fielen bei der Freiwerdung der Stadt ebenso gut heftig wie bei ihrer Verwallung, sie senden ihre Vertreter auf die Mauern der Stadt und in den Rath. — Als die Zünfte erstarben, wollen sie sich selbständig machen, die Bevormundung durch den fürstlichen oder bürgerlichen Stadtherrn oder die Partrier-gesellschaft abschütteln. Seit dem 11. Jahrhundert geht es; hier und da bricht der Kampf aus; bis in das 15. Jahrhundert hinein dauert der Streit um Freiheit und Macht. Der Uebermut der adeligen Jugend reizt die Zunft immer wieder zur Mähe und Selbstbehauptung. Das Resultat ist verschiedenes; in der einen Stadt siegt die Zunft, sie setzt den Rath ein und herrscht durch denselben. In einer anderen Stadt schließen die Geschlechter sich der Zunft an, in einer dritten werden den Geschlechtern wie den Zünften politische Rechte genommen.

Mit dem Aufkommen der territorialstaatlichen Fürstentümer verliert die Stadt ihren Charakter als eines geschlossenen kleinen Reiches für sich, und in diesem Umschwung geht auch die Bedeutung der Zunft verloren, deren Boden die lokale Stadtwirtschaft gewesen war. In diesem Rahmen hatte die Zunft Großes geleistet, sie hatte Produktion und Absatz geregelt, hatte den Volgenossen ein handels-gemäßes Einkommen, den Schutzgenossen eine tüchtige Vorbildung, gute Erziehung und gutes Fortkommen gesichert, sie hatte der unversorgten Frauen geholt und sich der Kranken und Armen angenommen. Für alle Bedürfnisse des Menschen hatte die Zunft Verstandnis und Raum; sie pflegte die Religion wie die Politik, Lebensführung und seine Sitten, ernste Arbeit und fröhliche Geselligkeit, sie erzog volle und ganze Menschen. — Auf die Blüthe folgt der Verfall; er beginnt da, wo der Grobgedruck anfängt, wo reiche und arme Meister sich gegenüber stehen und der Grundrath der Gleichheit und Brüderlichkeit verschwindet. Damit tritt auch ein sozialer Unterschied zwischen Meister und Schülern ein, sie stehen ihm nicht mehr als Gefellen (d. h. Genossen) zur Seite, sondern treten ihm, dem Arbeiter, als Arbeitnehmer gegenüber, ohne die bestimmte Aussicht, auch einmal Meister zu werden. Je mehr das Kapital sich anjammelt, um so schwerer wird es dem Schülern, sich selbständig zu machen, und so treten die Gefellen zu Verbänden zusammen, welche für die Lösung ihrer wirtschaftlichen Lage kämpfen. Die Justverwallung verschwindet, als sie unter derberrnerten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen zur Fessel geworden war. Nach einer unbedeutenden Diskussion, welche sich in der Hauptsache um zwei Ausweisungen drehte, welche ein Mitglied falsch verstanden hatte, tritt die Versammlung in die Beratung von Mitgliedschaftsangelegenheiten ein. Der Vorsitzende bringt nach eingehender Begründung folgende Resolution ein: „Die Mitgliedschaft Berlin hält die Abhaltung eines Verbandstages für notwendig, sowohl in

Anbetracht der in unseren Kreisen sich bemerkbar machenden Strömung für eine Lohnbewegung im Herbst, als auch um die Regelung anderer Verbandsangelegenheiten herbeizuführen, welche durch eine Urabstimmung nicht erledigt werden können. Sie ersucht daher den Verbandsvorstand und den Ausschuß, Mittel zu finden (möglichst ohne nochmalige Urabstimmung), um den Verbandstag bis Mitte August einzuberufen.“

Mar Hoffmann und Wilhelm sprechen gegen, Karl Schulz, Schiefer und Schmiedeknecht für die Annahme der Resolution. Grefenberg beantragt, erst über die Frage abstimmen zu lassen, ob die in später Stunde bereits statt gehaltene Versammlung über die wichtige Angelegenheit entscheiden will. Die Versammlung erklärt, über den Beschluß abstimmen zu wollen. Alle Anwesenden, bis auf 11, stimmen für Annahme der Resolution. Damit ist die Einberufung eines Verbandstages beschloffen.

Der Vorsitzende schließt die Versammlung mit der Mitteilung, daß die nächste Tagung, eine Generalversammlung, am 18. Juli stattfinden wird, da der fällige Montag die Mitgliedschaft zu einem Feste vereinigen soll. E. G.

Bremen. Endlich ist uns Bremer Kollegen einmal Gelegenheit gegeben, etwas von uns hören zu lassen. Wie wohl allen Kollegen bekannt, tagte hier die Generalversammlung der Zentral-Krankens- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige am Sonntag den 28. und Montag den 29. Juni. Da nun, wie vorauszusetzen war, bei dieser Gelegenheit tüchtige Männer und Redner nach Bremen kamen, beschloß der Vorstand der hiesigen Mitgliedschaft des Verbandes, eine öffentliche Versammlung aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen anzuhaben. Diefelbe fand am Montag den 29. Juni Abends 9 Uhr statt. Trotzdem, daß alle dem Verbands noch fernstehende Kollegen vermittlest durch die Post zugedante Zirkulare geladen, blieb doch der Besuch von dieser Seite ein äußerst schwacher. Anwesend waren circa hundert Personen. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Arbeiter im Urtheil unserer Zeit; 2. Diskussion; 3. Gewerkschaftliche. In das Bureau wurden gewählt die Kollegen Wolf zum ersten Vorsitzenden, Peters zum zweiten Vorsitzenden, Heine zum Schriftführer.

Kollege Klotz führt hierauf in einem höchst interessanten Vortrag aus, wie das Loos der Arbeiter seit Anfang 1860 wesentlich ein anderes geworden ist. Nicht nur Arbeiter, nein auch Minister und Räte, Doktoren, Professoren und Pastoren hätten daran gearbeitet, das Loos der Arbeiter besser zu gestalten. Zu jeder Zeit habe es Arme und Reiche gegeben, aber in der Jetztzeit habe sich die Genisse der Reichen so gehoben, daß es unmöglich sei weiter so fort zu machen. — Die Meister in früherer Zeit haben sich oft nicht besser gehalten als der Arbeiter. Damals hatte man noch keine Ahnung von Reisen um die Welt, wie dies in den bestehenden Kreisen heutigen Tages nur zu oft der Fall sei. Dem armen Arbeiter aber sagt man zur Verhütung, Vermuthung ist keine Schande! und doch werden den Arbeitern von gewissen Kreisen immer Vorwürfe gemacht, sie seien ungenüßlich. Paul Göhre, ein Mann aus dem besseren Kreisen, der sich ein Vierteljahr in eine Fabrik begab, um als gewöhnlicher Arbeiter das Leben und Streben, die Last und Mühen, die Behandlungswiese, kurz den nicht so sehr beneidenswerten Stand der Arbeiter zu studieren, sagt in einer von ihm verfaßten Schrift: Es ist kein Wunder, wenn sich der Arbeiter nach des Tages Last und Mühen Abends die von Staub und Koth bedeckte Kehle reinigt. Daß hier oft des Guten zu viel getan, ist ein Uebel, vor dem Jeder zu warnen liebt. Des Weiteren erklärt in Betreff der freien Liebe Göhre, daß die Arbeiterwohnungen gar oft so klein seien, daß eine aus mehreren Räumen bestehende Familie sich mit einem und zwei Zimmern begnügen müßte, und noch an Schlafstätten vermieten müße, um nur die Mühe zu ersparungen, in diesem beschränkten Raume sich Alle dann eingepfercht. Daß hier die Brutfluten strenger Sittlichkeit zu suchen seien, wird wohl Niemand behaupten. Der Referent fordert nun alle Anwesenden auf, sich der Wägnisse und strengsten Sittlichkeit zu befleißigen. Der Arbeiter habe die Verpflichtung, sich so auszubilden, daß er alle Hindernisse leicht bekämpfen könne. Alle diejenigen, welche dem Verbands noch fern stehen, mögen sich denselben anschließen, möge dieser und das neugegründete Kartell jebem ein Mittel sein zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage.

Hatte während des Vortrages Niemand den Redner durch irgend einen Zuruf unterbrochen, so sprach doch das Bravo zum Schluß eine deutliche Sprache, nämlich die bei dankbaren Anerkennung.

Bei Punkt 2, Diskussion, fragt Lithograph Schmidt an, wie sich die Buchbinder und Buchdrucker zu dem vorerwähnten Kartell stellen. Buchdrucker Rosenlechner theilt mit, daß die Buchdrucker eine Versammlung anberaumen und diesen Punkt auf die Tagesordnung stellen würden. Kollege Klotz erklärt, daß die Buchbinder ihre Beiträge erhöhen, um so die Mittel flüssig zu machen, weist dann auf die Notwendigkeit des Kartells hin und empfiehlt eine engere Verbindung der graphischen Gewerbe in den größeren Verhältnissen der Städte.

Buchdrucker Rosenlechner hält eine Verbindung ohne finanzielle Unterlage für Spielerei. Da jedoch die Beiträge der Buchbinder erhöht seien, stehe einer Verbindung wohl nichts mehr im Wege. Er gibt zu, daß eine junge Organisation, wie die der Buchbinder, nicht so Grobes zu vollführen im Stande sei wie eine ältere, beispielsweise die der Buchdrucker. Cobann schlägt er vor, daß sich die Verbände der Steinbrücker und Lithographen, Buchbinder und Buchdrucker doch Einladungen zusenden sollen, wenn irgend ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung einer Versammlung stehe.

Bei „Gewerkschaftliches“ hält Kollege Klotz es für unmöglich, daß in einer Stadt wie Bremen Kollegen für 12—13 Mark Wochenlohn arbeiten können, wenn sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten müßten. Es müßte doch ein Jeder einmal Forderungen stellen oder mindestens einen Anlauf dazu machen. Er erklärt, es müßten alle Kollegen der Organisation angehören, so daß eine geschlossene, kompakte Masse vorstehen könne, alsdann würden alle Schläge, welche gegen dieselbe geführt würden, wirkungslos zurückprallen.

Buchdrucker Rosenlechner ermahnt den Vorstand des Verbandes, doch einmal die nichtorganisirten Buchbinder, welche in Druckereien beschäftigt seien, mit heranzuziehen und den Hebel auch hier anzusetzen, da diese weitläufigere Löhne erzielen als bei Kleinmeistern, also auch am steuerfähigsten seien. (An Agitation hat es bei uns noch nicht gefehlt. Die Buchdrucker könnten bei den vereinigten in Druckereien arbeitenden Buchbindern ebenfalls anregend zum Beitritt wirken. D. Red.)

Kollege Müller-Frankfurt: Wir haben zu viel Geheizen unter den Kollegen, die sich fragen, wir brauchen den Verband nicht, wir haben gute sichere Stellung, wir gehen nicht mehr auf Wanderschaft u. s. w. u. s. w. Daß dies eine falsche Ansicht sei, werde wohl Niemand bestreiten. Es müßte doch ein Jeder die große Masse in Betracht ziehen, ein Jeder habe die Verpflichtung, eher für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zu sorgen, als für irgend einen Sport und Spiel. Ein einseitiger Kollege könne niemals Befriedigung erriden, aber der Organisation angehörend, in Reihen geschlossen, müsse doch schließlich ein Erfolg zu verzeichnen sein.

Kollege Klotz erwähnt, daß wir in Bezug auf sichere Stellung schon wunderbare Erfahrungen gemacht hätten. Sobald nur ein neuer Chef, ein neuer Werführer eingetreten sei, wären diese sicheren Stellungen höchst wenig geworden.

Buchdrucker Schöbner ermahnt nun die Steinbrücker, sich doch einmal zum Kartell zu erklären. Steinbrücker Wachsch erklärt, daß sich die Steinbrücker sehr über die Gründung des Kartells freuen, er wünscht, daß daselbe dazu beitragen möge, daß sich ein Jeder ziel- und flastendbewußt werde.

Kollege Wolf fordert nochmals alle Kollegen auf, welche noch nicht organisiert seien, doch dem Verband beizutreten.

Kollege Mätthia weist darauf hin, daß man sich die Junge lahm reden könne, daß es aber wirkungslos an den gebürtigen Bremer Kollegen vorübergehe; sie läßen es wohl ein, daß durch die Organisation ein Vortheil vorhanden, sie hätten aber nicht den Muth, thätkräftig mit einzugreifen in den Kampf gegen Großkapital und Großindustrie zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage.

Schluß der Versammlung 10 1/2 Uhr.
Augsburg. Die Mitgliedschaft Augsburg erucht im Interesse aller namentlich kleinen und mittleren Mitgliedschaften für die Agitation zur baldigen Abhaltung eines Verbandstages Sorge zu tragen. Die Ertrahsteuer wird hier schwer empfunden, und bedarf es ernstlich durch den Verbandstag einer anderweitigen Regulierung.

Mitgliedschaft Augsburg.
 K. A.: K.

Konstanz. Den hierher reisenden Kollegen diene zur Nachricht, daß die hiesigen Gewerkschaften ihre Zentralherberge im Gasthaus zum „Schiff“ wegen prozigem Benutzen des Wirthes aufgehoben haben und eruchen wir daher alle durchreisenden Kollegen, dort nicht mehr zu verkehren. Sobald wir ein anderes Herbergelokal gefunden haben, werden wir dies bekannt geben. Durchreisende ausgeteuerte und noch nicht bezugsberechtigte Mitglieder erhalten bis dahin 30 Pf. in baar.

Jur. Wichtigkeit.

In dem Artikel „Soll es so fortgehen“ der „Buchbinder-Zeitung“ Nr. 26 vom 27. Juni wird angegeben, daß der Bevollmächtigte in Leipzig zwei Prozent der wirthlichen Einnahme erhält. Ich konstatiere, daß ich für meine Thätigkeit als Bevollmächtigter in Leipzig nie weder etwas verlangt noch erhalten habe.
 Leipzig, Juli 1896. R. Kreppler.

Rundschau.

* Zur Buchdruckerbewegung. Unter den Anträgen zur Generalversammlung des Verbandes, welche am 13. Juli in Halle a. S. tagen wird, sind noch beachtenswerth: ein Antrag aus Leipzig auf Neuwahl des Verbandsvorstandes und ein solcher aus Bayen, den Redakteur des „Correspondenten“, Arthur Gatz, seines Amtes zu entheben und den „Correspondent“ an den Sitz des Verbandsvorstandes zu verlegen. — Ein an die Buchdruckerstellen gerichteter Artikel, datirt Berlin, Ende Juni 1896 und unterzeichnet vom Tarif-Ausschuß (Prinzipal- und Gehilfenvertreter) erucht die Gehilfen, durch Unterschrift den auf fünf Jahre festgesetzten Tarif als für sich bindend anzuerkennen vom 1. Juli an. Die vielseitig hiergegen erhobene Opposition veranlaßte den Verbandsvorstand, in der Nummer des „Correspondent“ vom 7. Juli bekannt zu geben, „daß nach Rücksprache mit den mit der Durchführung des Tarifs betrauten beiden Herren Vorsitzenden des Tarifauschusses ein Druck auf die Kollegschaft nicht beabsichtigt ist und in Rücksicht auf die innerhalb der Organisation herrschenden Differenzen von einer sofortigen Unterschrift abgesehen wird. Die seitens der Mitglieder einmündigene Haltung wird sich durch die Beschlässe der Generalversammlung ergeben.“ Unterdessen waren aber bereits in vielen Druckereien die Unterschriften eingeholt. — Nach einer Zusammenstellung im „Correspondent“ ergeben die Wahlen der Delegirten zur Generalversammlung 9185 Stimmen für Tarifgemeinschaft und 9382 Stimmen gegen Tarifgemeinschaft.

